



SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Wuppertal  
Herrn Andreas Mucke  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

SPD-Fraktion  
Ulf Klebert  
[klebert@spdrat.de](mailto:klebert@spdrat.de)  
Tel. 0202 563 6510

CDU-Fraktion  
Patric Mertins  
[Patric.Mertins@cdu-fraktion-wuppertal.de](mailto:Patric.Mertins@cdu-fraktion-wuppertal.de)  
Tel. 0202 563 6818

### Gemeinsamer Antrag

Datum 21.09.2017

Drucks. Nr. **VO/0777/17**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am 25.09.2017 Gremium Rat der Stadt Wuppertal

---

### Antrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 4.12 Kommunen finanziell gerecht ausstatten Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 21.09.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge anstatt des o. g. Antrages beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal bekräftigt seine Forderungen, die Beschlüsse des Aktionsbündnisses für die Würde unserer Städte, des Städtetages NRW und des Deutschen Städtetages zur finanziellen Entlastung von strukturschwachen Kommunen.

Hier sind u. a. zu nennen:

- Gemeinsame Forderungen der kommunalen Spitzenverbände in NRW zur Bundestagswahl (Vgl. Veröffentlichung des Städtetages NRW vom 22.08.2017)
- Forderung des Aktionsbündnisses für die Würde unserer Städte vom 27.06.2017: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch in meiner Stadt
- Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarungen zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen (Beschluss Städtetag NRW vom 21.06.2017)
- Zuständigkeitsregelung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) (Beschluss Städtetag NRW vom 21.06.2017)
- Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarungen zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen (Beschluss Städtetag NRW vom 21.06.2017)
- Erwartungen und Forderungen des Städtetages NRW an den neuen Landtag und die neue Landesregierung (Vgl. Veröffentlichung des Städtetages NRW vom 22.05.2017)
- Vereinbarungen von Bund und Ländern zu finanzrelevanten Fragen a) Flüchtlingsbedingte Aufwendungen b) Entlastung um 5 Mrd. Euro c) Reform der föderalen Finanzbeziehungen (Beschluss Deutscher Städtetag vom 01.12.2016)

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Klaus Jürgen Reese  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Michael Müller  
Fraktionsvorsitzender